

Beschlussempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Michael Ependiller, Joana Cotar,
Uwe Schulz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/27197 –**

Die Corona-Impfpflicht durch die Hintertür verhindern – Die Einführung des digitalen Corona-Impfpasses stoppen

A. Problem

Erste Staaten und Reiseveranstalter hätten angekündigt, nur geimpfte Bürgerinnen und Bürger einreisen zu lassen bzw. zu transportieren. Dadurch werde die Reisefreiheit nicht geimpfter Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt und indirekt eine Impfpflicht gegen das Coronavirus eingeführt.

B. Lösung

Die Antragsteller verlangen, sofort sämtliche Bemühungen zu Einführung eines europäischen digitalen Corona-Impfpasses und den Aufbau nationaler Datenbanken innerhalb und außerhalb Europas zu stoppen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Die Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/27197 abzulehnen.

Berlin, den 24. März 2021

Der Ausschuss für Gesundheit

Erwin Rüdell
Vorsitzender

Dirk Heidenblut
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dirk Heidenblut

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/27197** in seiner 214. Sitzung am 3. März 2021 in erster Lesung beraten und ihn zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen. Ferner hat er ihn zur Mitberatung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz und den Ausschuss Digitale Agenda überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller verlangen, sofort sämtliche Bemühungen zu Einführung eines europäischen digitalen Corona-Impfpasses und den Aufbau entsprechender nationaler Datenbanken innerhalb und außerhalb Europas zu stoppen. Erste Staaten und Reiseveranstalter hätten angekündigt, nur geimpfte Bürgerinnen und Bürger einreisen zu lassen bzw. zu transportieren. Dadurch werde die Reisefreiheit nicht geimpfter Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt und indirekt eine Impfpflicht gegen das Coronavirus eingeführt. Zudem sei der bisher geltende Internationale Impfausweis vollkommen ausreichend, um den Impfstatus zu prüfen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 135. Sitzung am 24. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27197 zu empfehlen.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat in seiner 77. Sitzung am 24. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27197 zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Gesundheit hat in seiner 146. Sitzung am 24. März 2021 die Beratungen zum Antrag auf Drucksache 19/27197 aufgenommen und abgeschlossen.

Als Ergebnis empfiehlt der **Ausschuss für Gesundheit** mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27197.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, der Antrag basiere auf der falschen Annahme, dass ein zentrales Impfregister etabliert werden soll. Tatsächlich würden die digitalen Impfnachweise nur temporär im Impfprotokollierungssystem erfasst und anschließend gelöscht. Die Forderung, ausschließlich den analogen Internationalen Impfausweis für Grenzübertritte nutzen zu können, sei technisch anachronistisch und zudem paradox, denn auch ein Papierimpfpass erfülle die gleiche Funktion wie ein digitaler Impfpass. Absurd sei auch die Forderung, dass Deutschland die Einführung eines digitalen Corona-Impfpasses weltweit stoppen müsse. Widersprüchlich sei zudem, dass einerseits ein sorgsamer Abwägungsprozess bei der Errichtung nationaler Register und Datenbanken verlangt werde und gleichzeitig der Antrag ohne ausführliche Beratung im Ausschuss abgeschlossen werden solle. Das seien nur einige Kritikpunkte und Ungereimtheiten. Deswegen werde man den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** stellte klar, jeder Geimpfte habe einen rechtlichen Anspruch auf die analoge oder digitale Dokumentation seiner Impfung. Die von der AfD-Fraktion geübte Kritik an einem digitalen Corona-Impfpass sei in keiner Weise nachvollziehbar und unsachlich, zumal der von ihr favorisierte Internationale Impfpass aus Papier

die gleiche Funktion der Impfdokumentation erfülle wie sein digitales Pendant. Es sei im Gegenteil sehr bedauerlich, dass es im Rahmen der elektronischen Patient*innenakte in Deutschland noch keinen digitalen Impfpass gebe, denn dieser habe sowohl für die Ärztinnen und Ärzte als auch für die Patientinnen und Patienten viele Vorteile, starte aber nun im kommenden Jahr. Der Antrag versuche, die Bevölkerung gezielt zu verunsichern und widerspreche dem Geist grenzenlosen Verkehrs in Europa und müsse daher abgelehnt werden.

Die **Fraktion der AfD** war der Auffassung, dass sich durch einen digitalen Corona-Impfpass die Gefahr der Durchsetzung eines indirekten Impfwanges erhöht. Deshalb müsse dessen Einführung sofort gestoppt werden. Die Dringlichkeitsvergabeverfahren des BMG müssten ausgesetzt werden. Der bisherige gelbe Internationale Impfausweis sei für die Prüfung des Impfstatus ausreichend und ein digitaler Impfpass daher nicht erforderlich.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, außer der Reisefreiheit finde sich in dem AfD-Antrag nichts, das unterstützungswert wäre. Der Antrag zeuge vielmehr von Unkenntnis. So sei beispielsweise der Europarat kein Rechtssetzungsorgan, sondern gebe lediglich Empfehlungen. Beim EU-Impfpass gehe es gerade darum, keine Impfpflicht zu etablieren und nicht eine einzuführen. Die AfD wolle keinen digitalen Impfpass, sage aber gleichzeitig, der papierne Internationale Impfpass sei wichtig. Es stelle sich die Frage, warum der eine verwerflicher sei als der andere. Aus diesen und vielen anderen Gründen werde die FDP den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE** sagte, der digitale Impfausweis werfe viele Fragen des Datenschutzes oder sozialer Auswirkungen bei Öffnungsstrategien auf. Die AfD thematisiere aber keines der Themen in adäquater Weise. Stattdessen solle die Bundesregierung die Einführung des digitalen Impfausweises weltweit stoppen, was weit über ihre Kompetenzen hinausgehe. Es werde Reisefreiheit für deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger gefordert, während die Einreise von Nichtdeutschen bei der AfD meist anders behandelt werde. Die AfD-Kritik am digitalen Impfpass treffe genauso auf den von ihr favorisierten Internationalen Impfpass zu. Insgesamt sei der Antrag untauglich, um ein komplexes Thema, mit dem die AfD-Fraktion offensichtlich überfordert sei, angemessen zu behandeln. Der Antrag könne nur abgelehnt werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, der Antrag sei typisch für die AfD-Fraktion. Es würden Themen verkürzt und Zusammenhänge absichtlich falsch verknüpft. Es werde der Versuch unternommen, die Pandemie für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Es werde eine Impfpflicht behauptet, wo es keine gebe und wo auch keine geplant sei. Zudem würden absurde Forderungen formuliert. Es sei nun wichtig, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen und nicht wie die AfD Ängste zu schüren. Deswegen werde der Antrag abgelehnt.

Berlin, den 24. März 2021

Dirk Heidenblut
Berichterstatter